

Erfolgsgeschichte mit Fragezeichen

Liestal | Studie zur Beteiligung von Frauen in der Baselbieter Politik



«Gruppenbild mit Herrn» (von links): Landratspräsidentin Esther Maag, Nationalrätin Susanne Leutenegger, alt Gemeindepräsidentin Madeleine Häring, Rudolf Mohler, Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, Jugendrätin Lea Hungerbühler. Bild Titus Villiger

Vierzig Jahre nach der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen im Baselbiet ist knapp ein Drittel der Politiker weiblich: Die Gleichstellungsstudie «Das Volk vertreten» schreibt trotzdem alles andere als nur eine Erfolgsgeschichte.

Eigentlich sieht alles nach einer Erfolgsgeschichte aus: Seit im Baselbiet vor 40 Jahren das Stimm- und Wahlrecht für Frauen eingeführt wurde, wuchs der Anteil an Frauen in der Politik, langsam

zwar, aber stetig. Wurden 1971 vier Landrätinnen gewählt, waren es vier Jahre später schon elf, bei den Wahlen im letzten Sommer zogen schliesslich 31 Frauen in den Landrat ein – begleitet von 59 Männern.

Etwas tiefer ist der Frauenanteil bei den Gemeinderatssitzen: 2004 gab es im Baselbiet neben 354 Gemeinderäten 125 Gemeinderätinnen. Rümlingen ist die einzige Gemeinde im ganzen Kanton, die noch nie einen weiblichen Gemeinderat wählte.

Kurzum: Frauen sind in der Baselbieter Politik so stark vertreten

wie noch nie. Das ist die gute Nachricht aus einer Studie, die die Politikwissenschaftlerin Gesine Fuchs im Auftrag der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann verfasste. «Die langfristige Analyse zeigt, dass wir uns nicht an Ort und Stelle bewegen», stellte auch Kathrin Amacker, Nationalrätin und Präsidentin der Gleichstellungskommission, fest.

«Gläserne Decke»

Sieht man genauer hin, sind die Ergebnisse allerdings nicht nur rosig. «Von tatsächlicher Gleich-

stellung kann nicht die Rede sein», sagte Fuchs: Vielmehr habe es den Anschein, als ob der Frauenanteil in Landrat und Gemeinderäten die «gläserne Decke» von rund einem Drittel nicht übersteigen werde. Auch sei es für Frauen wesentlich einfacher, in die Legislative statt in die Exekutive gewählt zu werden.

Manche Ergebnisse der Studie sind durchaus überraschend: In Proporzwahlen haben Frauen, stehen sie einmal auf der Wahlliste, genauso gute Chancen wie die Männer. Nur kommen oft weniger Frauen als Männer überhaupt auf die Liste.

Ein anderes Problem sieht sie bei der Verteilung der Kommissionssitze im Landrat: Während etwa die Finanz- oder die Bau- und Planungskommission nach wie vor von Männern geprägt würde, seien die Landrätinnen in sozialen Kommissionen stark vertreten.

Kaum Frauen in der Wirtschaft

In einer an die Präsentation der Studie anschliessenden Diskussion wurden die grundsätzlich positiven Resultate noch weiter relativiert. «Es gibt inzwischen zwar viele bekannte Politikerinnen», sagte Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. In der Wirtschaft sehe das aber anders aus, Verwaltungsräte von staatsnahen Betrieben würden fast ausnahmslos von Männern besetzt. «Wo es ums Geld geht, ist der Kampf nochmals viel härter als in der Politik.»

NACHGEFRAGT

«Junge würden mehr Frauen wählen»

Die Jugendrätin Lea Hungerbühler aus Wintersingen erklärt, warum sie beim Lesen der neuen Gleichstellungsstudie staunte.

Lea Hungerbühler, ist Gleichstellung ein Thema in der Jugendpolitik?

Lea Hungerbühler: Für uns ist eben vieles selbstverständlicher geworden. Die Verhältnisse von früher können sich viele junge Menschen gar nicht mehr vorstellen: Als ich die neue Studie der Fachstelle las, staunte ich, wie um vieles, das heute selbstverständlich ist, früher gekämpft werden musste. Im Jugendrat ist Gleichstellungspolitik schon deshalb ein Thema, weil wir eine Quotenregelung haben.



Viele Jugendliche gehen nicht wählen. Würden mehr Frauen gewählt, wenn mehr Junge an die Urnen gingen?

Schwierig... Ich denke, tendenziell ja. Heute wählt vor allem die ältere Generation. Das Frauenbild der Jungen ist an-

ders, allerdings auch, nicht bei allen.

Susanne Leutenegger Oberholzer riet vorher den jungen Frauen, sich zuerst um den Beruf und erst später um die Politik zu kümmern. Was sagen Sie dazu?

Das hat mich zuerst auch erstaunt. Aber letztlich ist es einleuchtend, es geht schliesslich ums materielle Überleben. Kinder aufziehen und im Landrat sitzen, das bringt kein Einkommen. Ideal wäre, wenn man Familie, Beruf und Politik unter einen Hut bringen könnte, aber das braucht ein ungeheures Engagement und ein Umfeld, das einen unterstützt. tv.